



über die 2. Sitzung
des Gleichstellungsbeirates
am Montag, dem 20. Juni 2005
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Frau Ciecior
Herr Gercek
Frau Gube
Frau Hartig
Herr Wiedemann

Ratsmitglieder CDU

Herr Ebbinghaus
Frau Gerdes
Herr Plümpe
Herr Weber

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Werning

Beratendes Mitglied BG

Frau Freundl

Vertreter/Vertreterinnen der Gruppen und Verbände

Frau Berg
Frau Enss
Frau Gersmeier
Frau Özdemir
Frau Ratzke
Frau Wennekers-Stute

Verwaltung

Frau Grothaus
Herr Lantin

Gäste

Herr Scholz
Frau Dr. Weber

entschuldigt fehlten

Frau Anil
Frau Bollmann
Frau Firrohr
Frau Mann
Frau Raspotnig
Frau Schwerdtfeger
Frau Wiggermann

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau **Hartig**, eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Gleichstellungsbeirates und begrüßte die Anwesenden. Insbesondere begrüßte sie die Gäste zum Tagesordnungspunkt 1, Herrn Bernd Scholz und Frau Dr. Kristina Weber.

Es wurde nach folgender Tagesordnung verfahren:

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Runder Tisch gegen Häusliche Gewalt im Kreis Unna	
1. 1	Bericht zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes Referent: Bernd Scholz, Kreispolizeibehörde Unna	
1. 2	Erfahrungen aus medizinischer Sicht Referentin: Dr. Kristina Weber, Städt. Hellmig-Krankenhaus	
2.	Frauenförderplan der Stadt Kamen 2004 - 2006 hier: Bericht der Verwaltung	
3.	17. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Schwerin hier: Bericht der Verwaltung	
4.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Runder Tisch gegen Häusliche Gewalt im Kreis Unna

Zu TOP 1.1

Bericht zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes
Referent: Bernd Scholz, Kreispolizeibehörde Unna

Bevor Herr Scholz das Interventionskonzept der Kreispolizeibehörde Unna auf der Grundlage des Gewaltschutzgesetzes vorstellte, gab Frau **Grothaus** nähere Informationen zur Zusammensetzung und zu den Zielen des Runden Tisches gegen Häusliche Gewalt im Kreis Unna. Die Unterlagen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr **Scholz** erinnerte an die Einführung des Gewaltschutzgesetzes am 01.01.2002 und wies daraufhin, dass das Gesetz für alle Beteiligten, auch für die Polizei, große Veränderungen mit sich gebracht habe. Eine der wichtigsten Veränderungen sei die Heraushebung der häuslichen Gewalt aus dem privaten Raum. Die Kreispolizeibehörde wurde in dem Zeitraum vom 01.01.2002 bis 01.01.2005 zu insgesamt 881 Einsätzen gerufen, dabei wurden 320 Wohnungsverweisungen ausgesprochen, davon zweimal gegen Frauen. Durch die Gerichte gab es in 46 Fällen zivilrechtliche Anordnungen auf Wohnungsverweisungen. Die Evaluationsergebnisse finden sich in der beigefügten Anlage.

Herr **Gercek** zeigte sich überrascht, dass im Verhältnis zu der Anzahl der Wegweisungen lediglich 46 zivilrechtliche Anordnungen erfolgten. Aufgrund seiner beruflichen Erfahrung habe er diese Zahl höher eingeschätzt.

Herr Ebbinghaus nimmt ab 17.30 Uhr an der Sitzung teil.

Her **Scholz** führte weiter aus, dass eine 2003 durchgeführte Opferbefragung ergeben habe, dass ca. 1/3 der Betroffenen Beratungsangebote in Anspruch genommen haben. Ca. 70 % der betroffenen Frauen leben weiterhin mit ihrem Partner zusammen. Nur ca. 2 – 4 % der Fälle werden zur Anzeige gebracht. Auf Grundlage der kriminologischen Dunkelzifferforschung sei davon auszugehen, dass auf einen bekannt gewordenen Fall schätzungsweise 7 - 15 weitere Fälle kommen. Der Anteil der Migrantinnen an den Opfern von häuslicher Gewalt liegt bei ca. 11 %. Nach Auskunft von Herrn Scholz kommt Gewalt in allen sozialen Schichten und Berufsgruppen vor. Allerdings lasse sich feststellen, dass in den höheren Schichten oftmals nur eine einmalige Information durch die Polizei erfolgt und die Betroffenen dann andere Lösungsmöglichkeiten finden, wie therapeutische oder anwaltliche Beratung bis hin zur Scheidung. Ein besonderer Schwerpunkt des Interventionskonzeptes der Kreispolizeibehörde liegt in der Verhinderung der so genannten „High-Risk-Fälle“. In über 30 % dieser Hochrisikofälle erfolgen im Anschluss an häusliche Gewalt weitere Straftaten bis hin zum Tötungsdelikt innerhalb von 48 Stunden. Bei häuslicher Gewaltanwendung schreitet die Polizei unverzüglich ein und führt die entsprechenden Maßnahmen durch.

Nach einer Gefährder-Ansprache mit anschließender Gefährder-Analyse wird diese Analyse bewertet und „High-Risk-Fälle“ selektiert. Die Opfer dieser Fälle werden mindestens 3 x täglich aufgesucht und bei Bedarf wird Personenschutz angefordert. Parallel dazu führt der Opferschutzbeauftragte die Erstberatung durch. In diesem Zusammenhang wies Herr Scholz darauf hin, dass in der Unnaer Behörde eine 2. Stelle für den Opferschutz eingerichtet werde. Abschließend gab er bekannt, dass das Interventionskonzept der Kreispolizeibehörde Unna als sehr erfolgreich eingestuft werde und laut Innenministerkonferenz als Standard bundesweit Anwendung finden soll. Herr Scholz hob besonders die enge Kooperation mit dem Frauenforum im Kreis Unna e.V. hervor, die ein wichtiger Bestandteil für den Erfolg des Interventionskonzeptes darstellt.

Zu TOP 1.2

Erfahrungen aus medizinischer Sicht

Referentin: Dr. Kristina Weber, Städt. Hellmig-Krankenhaus

Frau **Dr. Weber** schilderte ihre Erfahrungen in der Chirurgie des Hellmig-Krankenhauses mit den Opfern von häuslicher Gewalt. Sie informierte, dass häusliche Gewalt keine Einzelhandlung ist, sondern Teil eines Misshandlungssystems mit z. T. schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen körperlicher, psychosomatischer und psychischer Art. Festsustellen sei immer wieder, dass den betroffenen Frauen die Erklärungsnotwendigkeit über die vorhandenen Verletzungen sehr schwer falle. Viele Opfer verleugnen den Unfallhergang, wobei für die Ärztinnen und Ärzte in der Regel schnell deutlich werde, dass die vorhandenen Verletzungen mit der Schilderung des Unfalles nicht übereinstimmen können. Hier helfe, wenn überhaupt, nur eine sehr behutsame Ansprache der Frauen. Auf keinen Fall sei es hilfreich die Frauen unter Druck zu setzen und zu bedrängen. Erschwerend komme dazu, dass oftmals auch der misshandelnde Partner bei der Behandlung anwesend sei, was die Situation für ein vertrauensvolles Gespräch unmöglich mache. Um den Frauen trotzdem neben der medizinischen Hilfe weitere Unterstützungsmöglichkeiten aufzeigen zu können, liegen auf der Damentoilette die Flyer des Runden Tisches aus. Die Damentoilette ist während der Behandlung der einzige Ort, wo die Frauen allein hingehen und eine Karte unbemerkt einstecken können. Der Flyer hat die Größe einer Scheckkarte und informiert über Unterstützungsangebote im Kreis Unna. Die Erfahrung habe gezeigt, dass Frauen hierüber nur selten informiert seien. Wöchentlich werden in der Regel 10 dieser Flyer mitgenommen.

Zu den Verletzungen der Frauen könne sie sagen, dass sie während ihrer Tätigkeit im Kamener Krankenhaus bei Opfern von häuslicher Gewalt bis auf Schussverletzungen alles habe behandeln müssen. Die Verletzungen reichen von Schnittwunden über ausgeschlagene Zähne, Wunden von Tritten bis hin zu Brandverletzungen und Knochenbrüchen.

Auf Nachfrage erklärte Frau Dr. Weber, dass sie bei einem Verdacht auf körperlicher Misshandlung aufgrund der Schweigepflicht keine Möglichkeit habe, ihre Vermutung weiterzugeben. Die Schweigepflicht werde erst bei Lebensgefahr aufgehoben. Der Bericht ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Abschließend wies sie daraufhin, dass im Hellmig-Krankenhaus am 30.11.2005 eine ärztliche Fortbildung mit dem Titel „Diagnose Häusliche Gewalt“ stattfinden werde.

Zu TOP 2.

Frauenförderplan der Stadt Kamen 2004 - 2006
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Lantin** stellte die Maßnahmen zur Umsetzung des Frauenförderplanes vor, die vom 01.01.2004 - 31.05.2005 durchgeführt wurden.

Am 12.10.2004 wurde die 2. Frauenvollversammlung zum Thema „Gender Mainstreaming“ durchgeführt, an der 96 Frauen teilnahmen. Im Fortbildungsbereich gab es im letzten Jahr 178 Seminaranmeldungen, davon 50 von Frauen. Dieser Anteil in Höhe von 28 % konnte im ersten Halbjahr 2005 auf 38,6 % gesteigert werden. Hausintern wurde eine Fortbildung für Führungskräfte zum Thema „Managing Diversity“ durchgeführt. Zur Entwicklung der Beschäftigtenzahl gab Herr Lantin an, dass der Frauenanteil im höheren Dienst kurzfristig gesunken sei, sich ab dem 01.10.2005 aber auf 13 % erhöhen werde. Im gehobenen Dienst ist der Frauenanteil auch aufgrund von zwei Einstellungen von 44,1 % auf 47,1 % gestiegen. Aufgrund zwei neu benannter Gruppenleiterinnen werde sich der Anteil von Frauen an den Funktionsstellen zum 01.07.2005 von 13,8 % auf 18,8 % erhöhen. Positiv sei ebenfalls zu vermerken, dass im technischen Bereich eine weibliche Auszubildende übernommen sowie eine Mitarbeiterin extern eingestellt wurde. Im Ausbildungsbereich wurden in 2004 2 Frauen im gehobenen Dienst eingestellt und auch in diesem Jahr habe sich die verstärkte Einstellung von Frauen fortgesetzt. Neben zwei weiblichen Auszubildenden im gehobenen Dienst wurden noch eine weibliche Fachkraft für Medien und erstmalig eine Straßenwärterin eingestellt. Insgesamt sah Herr Lantin die Prognose bestätigt, dass die Einstellung von jungen Frauen insbesondere im gehobenen Dienst langfristig die Erhöhung des Frauenanteils an den Funktionsstellen sowie im höheren Dienst zur Folge hat. Bezogen auf die Auszubildende als Straßenwärterin wies Herr Lantin daraufhin, dass die Stadtverwaltung sich im vergangenen Jahr erstmalig als Arbeitgeberin am girls day beteiligt habe, wo fünf Schülerinnen der Beruf der Straßenwärterin vorgestellt wurde.

Als weitere Maßnahme zur Erhöhung des Frauenanteils an den Führungskräften stellte Frau **Grothaus** ein Mentoring-Projekt vor, das auf Initiative der Gleichstellungsbeauftragten gemeinsam mit den Verwaltungen aus Kamen, Lünen, Selm, Werne, Unna und der Kreisverwaltung Unna durchgeführt werde und im Oktober dieses Jahres starten soll. Bei diesem Projekt werden junge weibliche Nachwuchskräfte, Mentees, von einer berufs- und lebenserfahrenen Person, Mentorin oder Mentor, über einen Zeitraum von einem Jahr auf ihrem beruflichen Weg begleitet. Dabei steht nicht die Vermittlung von Fachwissen im Vordergrund, sondern Mentor oder Mentorin stehen ihren Mentees bei Entscheidungen zur Seite, geben nützliche Tipps und integrieren sie in berufliche Netzwerke.

Das Mentoring-Projekt ist als städteübergreifendes Projekt als sog. „Cross-Mentoring“ konzipiert, d.h. Mentees und Mentorinnen und Mentoren kommen aus unterschiedlichen Verwaltungen. Abschließend machte Frau Grothaus deutlich, dass sich mit der Teilnahme an dem Projekt kein Anspruch auf eine Führungsposition ableiten lasse. Das Projekt soll vielmehr Mut machen, sich auf Stellen mit Führungsaufgaben zu bewerben und eigene Kenntnisse und Fähigkeiten zu erweitern.

Aus jeder Verwaltung können sich 3 Mentees und 3 Mentorinnen oder Mentoren beteiligen.

Zu TOP 3.

17. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Schwerin
hier: Bericht der Verwaltung

Frau **Grothaus** berichtete über ihre Teilnahme an der 17. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten vom 05. - 08.06.2005 in Schwerin. Bevor die eigentliche Bundeskonferenz am Montag, 06.06.05, mit verschiedenen Fachvorträgen und Workshops begann, fand am Sonntag, 05.06.05, im Mecklenburgischen Staatstheater eine Festveranstaltung anlässlich des 20-jährigen Bestehens der BAG statt, die 1985 in Kassel gegründet wurde. In Anlehnung an den Satz von Hedwig Dohm aus dem Jahr 1902 stand die Konferenz unter dem Motto: „Mehr Stolz, Ihr Frauen!“ – Frauenrechte erstreiten, lokal und global! Zentrale Themen in den Workshops waren die Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen. Es wurden konkrete Forderungen erarbeitet, die als Schweriner Leitsätze verabschiedet wurden und nach Veröffentlichung den Mitgliedern des Gleichstellungsbeirates bei Interesse zur Verfügung gestellt werden können.

Abschließend berichtete Frau Grothaus, dass sich auf der Konferenz bundesweit die Tendenz abzeichnete, dass vielfach Stellen von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten gekürzt oder gestrichen werden. Auch die Kolleginnen in Nordrhein-Westfalen seien besorgt über die frauenpolitische Entwicklung in NRW, da die Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung vorsehe, dass Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie aufzulösen und noch nicht abzusehen sei, ob der Frauenbereich als eigenständiges Politikfeld erhalten bleiben werde.

Zu TOP 4.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

4.1 Mitteilungen der Verwaltung

4.1.1 Frau **Grothaus** teilte mit, dass in diesem Jahr von Seiten der Kamener Schulen kein Interesse vorhanden war, sich an dem bundesweiten girls day zu beteiligen.

4.1.2 Frau **Grothaus** wies auf die Lesung „Die fremde Braut“ mit Necla Kelek hin, die in Kooperation der VHS, der RAA Kreis Unna, dem Frauenplenum Kamen e.V. und der Gleichstellungsbeauftragten am 26.09.2005 in der VHS stattfinden werde. Necla Kelek, die in der Türkei geboren und in Deutschland aufgewachsen ist, beschreibt in ihrem Buch die Tradition der arrangierten Ehe und was diese Tradition für viele Tausend junger türkischer Frauen bedeutet, die jedes Jahr in Deutschland zwangsverheiratet werden. Die Veranstaltung ist kostenfrei.

4.1.3 Frau **Grothaus** stellte die Sonderbeilage vor, die die Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Unna zum Internationalen Frauentag 2005 gemeinsam mit den „Ruhr-Nachrichten“ erstellt haben und die am 08.03.2005 der Zeitungsausgabe beigefügt war. Leider sei es keiner anderen Zeitungsgruppe möglich gewesen, sich an dieser Aktion zu ähnlich günstigen Bedingungen zu beteiligen, so dass in Kamen die Beilage nicht verteilt werden konnte.

4.2 Anfragen

Anfragen ergaben sich nicht.

gez. Hartig
Stellv. Vorsitzende

gez. Grothaus
Schriftführerin